

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor der jüngsten Initiative Präsident Reagans.
Seite 1

Ulrich Lang MdL, SPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, wertet die OB-Wahl in Mannheim als Bestätigung der baden-württembergischen SPD-Linie.
Seite 3

Harald B. Schäfer MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Innenausschuß des Bundestages, sieht den Zensor in der Filmpolitik am Werke.
Seite 4

Dokumentation

Der Brief von 200 Parlamentariern an den Kongreß zur Unterstützung Nicaraguas.
Seite 6

38. Jahrgang / 134

18. Juli 1983

Ein atomares Jalta?

Reagans jüngste Initiative in Sachen Mittelstreckenwaffen-Stationierung

Von Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Eine für die Bundesrepublik Deutschland alarmierende Meldung kam am Wochenende über den Atlantik. Präsident Reagan sei bereit,

- weniger interkontinentale MX-Raketen als geplant einzuführen,
- wenn im Gegenzug die Sowjetunion bereit sei, einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zuzustimmen.

Dies würde mit anderen Worten bedeuten: Die Sowjetunion soll der Einführung einer amerikanischen nuklearstrategischen Kriegsführungsoption in Europa zustimmen; dafür soll die nuklearstrategische Kriegsführungsoption von amerikanischem Boden aus gegenüber der Sowjetunion abgeschwächt werden.

Eine solche amerikanisch-sowjetische Einigung würde genau auf das hinauslaufen, was Helmut Schmidt 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluß verhindern wollte: Daß sich die beiden atomaren Supermächte auf Kosten Westeuropas verständigen. Eine Verwirklichung des jüngsten Vorschlages von Reagan würde eine atomare Komplizenschaft der USA mit der Sowjetunion auf dem Rücken insbesondere der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Das wäre ein atomares Jalta.

Es besteht die Gefahr, daß man in Europa nicht rechtzeitig begreift, welche alarmierenden Ereignisse in den letzten Tagen in den USA passiert sind. Ich nenne neben der erwähnten Reagan-Erklärung besonders die Entscheidungen des Senats zum endgültigen Bau der Neutronenwaffe und seine Entscheidung, neues Nervengas herzustellen; beide Entscheidungen fielen auf Antrag der Administration. Diese Entscheidungen sind Elemente des Ausbaus einer Kriegsführungsoption mit Massenvernichtungswaffen in Europa.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Arbeitsgemeinschaft
der sozialdemokratischen
Presseleute



Die Bundesrepublik muß sich mit allen Mitteln gegen ein solches Konzept verwahren. Tut sie dies nicht, dann ist sie mit Blindheit geschlagen. Reagan hat in aller Deutlichkeit einmal mehr gezeigt, daß seine Politik nichts mehr mit den Zielsetzungen des NATO-Doppelbeschlusses zu tun hat. Diese Zielsetzung war atomare Rüstungsbegrenzung in Europa - und keinesfalls eine atomare Aufrüstung in Europa, um amerikanisch-sowjetische Verständigungen über den Abbau von Interkontinentalraketen zu erleichtern. Aber Reagan zeigt immer offenkundiger, daß er amerikanische Sicherheitspolitik auf seine Art zu Lasten der europäischen Sicherheit betreibt. Wer so eingestellt ist, will und kann nicht bei den Verhandlungen die Interessen Westeuropas gegenüber der Sowjetunion vertreten.

Wenn schon eine Verbindung von Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen bei den Genfer Verhandlungen hergestellt werden soll, dann muß es eine ganz andere sein: Die Sowjetunion hat im Gegensatz zu den USA ihre bei SALT II zugestandene Obergrenze an Interkontinentalraketen noch nicht ausgeschöpft. Was spricht also gegen ein Angebot an die Sowjetunion, den SALT II-Rahmen mit einem Teil ihrer Mittelstreckenraketen auszufüllen und in Verbindung mit einem Teilabbau der SS 20 dann im Gegenzug auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verzichten, um dann auf dieser Grundlage Gespräche über die Reduzierung strategischer Nuklearwaffen aller Reichweiten bei den START-Verhandlungen zu führen? Dies wären Abrüstungsbemühungen hin zu einem Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau, im Interesse der gemeinsamen Sicherheit. (-/18.7.1983/bgy/va)

+ + +



Politik der kommunalen Erneuerung eindrucksvoll bestätigt

Mannheim ist für uns eine Ermutigung unserer Arbeit

Von Ulrich Lang MdL

Baden-württembergischer SPD-Landesvorsitzender

Der bisher klarste Wahlerfolg eines SPD-Kandidaten in Mannheim erfüllt uns Sozialdemokraten mit Genugtuung. Das überzeugende Ergebnis ist zunächst einmal ein großer persönlicher Erfolg von Gerhard Widder. Er hat mit der SPD von Anfang an bewußt Flagge gezeigt, und sein Wahlsieg gibt ihm Recht.

Zweitens hat sich hier die große Geschlossenheit und solidarische Einsatzbereitschaft unserer Freunde in Mannheim bewährt.

Den Dank an sie alle verbinde ich mit meinem Glückwunsch an Gerhard Widder, der sicher in der Tradition seiner sozialdemokratischen Vorgänger ein guter OB für die zweitgrößte Stadt unseres Landes sein wird. Ich danke allen Sozialdemokraten, die mit den Freunden der Wählerinitiativen in einem intensiven Wahlkampf mit Gerhard Widder unermüdlich im Einsatz waren.

Der Erfolg von Mannheim gibt uns auch Zuversicht für kommende Wahlen. Mannheim, an der Nahtstelle unseres Bundeslandes zu Hessen gelegen, mag wegweisend und motivierend sein für wichtige Entscheidungen, die hier wie dort in den kommenden Monaten anstehen.

Die von uns erkannte Notwendigkeit, von der kommunalen Ebene her als SPD wieder Tritt zu fassen, hat sich als zutreffend erwiesen. Die SPD im Südwesten ist in Tritt. Mannheim setzt auf besonders eindrucksvolle Weise die Serie von Erfolgen der SPD bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen fort, die wir in diesem Jahr in Baden-Württemberg zu verzeichnen hatten.

Die von der SPD bereits 1981 in Baden-Württemberg in Gang gesetzte Politik der kommunalen Erneuerung, die schon mit den Wahlerfolgen unter anderem in den Städten Waldkirch, Kehl, Schorndorf, Filderstadt und vor allem in Freiburg ihren Niederschlag gefunden hat, ist eindrucksvoll bestätigt worden. (-/18.7.1983/bgy/va)

+ + +



Der Zensor läßt schön grüßen

Zimmermanns Filmpolitik - spießig und obrigkeitsstaatlich

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Den "guten deutschen Film" also will Innenminister Friedrich Zimmermann fördern, wie er in seinem Brief an den Auswahlausschuß mitteilte, der ein neues Filmprojekt von Herbert Achternbusch ("Der Wendekreis") zur Förderung vorgeschlagen hatte. Der Vorschlag erregte das Mißfallen des Innenministers - keine Überraschung mehr, nachdem Achternbusch die zuerkannte Prämie für seinen Film "Das Gespenst" durch persönliche Intervention von Innenminister Zimmermann gekürzt worden war.

Über den Film "Das Gespenst" läßt sich streiten, stellt er doch unser gewohntes Gefühls- und Vorstellungsinventar provokativ infrage. Daß solch ein Film für den Innenminister nicht zum "guten deutschen Film" gehört, ist klar - weniger klar ist, was Friedrich Zimmermann für Kriterien hat. Aus den Versatzstücken seiner Filmpreisrede und dem erwähnten Brief kann man Schlimmes befürchten, weil dort zu hören und zu lesen war, daß "intellektualisierende Spielereien", "blasphemische" oder "sektiererische" Projekte nicht mehr gefördert werden sollen, daß auf die "Bewußtseinslage eines Volkes abzustellen ist", für das Filme geschaffen werden sollen, "die weite Schichten der Bevölkerung interessieren, ansprechen, bewegen". Solcher Art sollen die von Zimmermann geförderten Filme dann "ein Höchstmaß an Auswirkung erreichen", weshalb die Förderungsmaßnahmen "daher nicht den Charakter von Krücken für Gebrechliche, sondern von Stärkungsmitteln für einen Genesenden oder Heranwachsenden" haben sollen, was wiederum sich erweist an "großen Zuschauerzahlen" und "breiten Kreisen der Bevölkerung", denen natürlich nur verabreicht werden darf, was auf "psychologische Wirkung doppelt geprüft" wurde.

Es ist lächerlich und schauerlich zugleich, mit welcher Spießigkeit und welchem obrigkeitsstaatlichen Gehabe die "geistig-moralische Wende" bei Friedrich Zimmermann daherkommt und Maßstäbe für das setzt, was "gut" und "deutsch" ist und dem Volk als "Stärkungsmittel" verabreicht werden soll. "Wer hier verächtlich vom Massengeschmack spricht, ist kein Demokrat", weiß der Innenminister. Zum "gesunden Volksempfinden" der Nazis ist es von solch einem Satz nicht mehr weit. Kein Wunder, daß im gleichen geistigen Umfeld der Parteivorsitzende des Friedrich Zimmermann, Franz Josef Strauß, den Begriff "Entartung" wieder gebraucht. "Die Stichworte von damals dringen erneut an unser Ohr", hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, zu recht gesagt.

Die "geistige Wende" läuft als Ab- und Ausgrenzung mit bestürzenden Anklängen an die Agitation der Rechtsradikalen und Nationalsozialisten in der Endphase der Weimarer Republik.

Der Schaden wird nicht auf den deutschen Film zu begrenzen sein - ihn aber treffen. Dabei hatte die kulturelle Filmförderung des Bundes seit Mitte der 60er Jahre dafür gesorgt, daß es überhaupt wieder Filme aus der Bundesrepublik von internationalem Rang und Geltung gibt. Frei von staatlicher Bevormundung hatten insbesondere junge



Autoren und Regisseure die Chance, Projekte zu realisieren, die die deutsche Film-landschaft veränderten und den Film wieder zu einem Gegenstand geistiger Ausein-andersetzung machten. Dabei war auch das filmkünstlerische Experiment nicht ausge-schlossen.

Schon wegen der Aufgabenzuweisung durch das Grundgesetz kann die Filmförderung des Bundes nur Spitzenförderung sein und Auszeichnungscharakter haben. Dennoch hatte diese Förderung auch Breitenwirkung durch Erschließung neuer Schichten für das Kino und brachte in vielen Fällen auch wirtschaftlichen Erfolg. Das gilt insbesondere ab Mitte der 70er Jahre, als Filme wie "Die verlorene Ehre der Katharina Blum" wirtschaft-lich zu einem großen Erfolg wurden, statt der xten Folge von "Schulmädchen-Report". Deshalb sind die Pläne von Innenminister Zimmermann auch ökonomisch dumm. Freilich ist mit jeder Chance, die ein Autor oder Regisseur bekommt, notwendig auch das Ri-siko von Fehlschlägen verbunden.

Schon vor einigen Jahren konnte der frühere Innenminister Gerhart Baum im Rückblick auf die Filmförderung des Bundes feststellen: "Die Bereitschaft des Publikums wächst, sich gerade mit sogenannten anspruchsvollen Filmen auseinanderzusetzen. Die Nachfrage nach Filmkultur nimmt zu." Wenn Zimmermann sich durchsetzt, ist es mit dem kulturell, künstlerisch wertvollen Spielfilm in der Bundesrepublik wohl bald aus. Dann werden - noch der harmloseste Fall - bald wieder Filme nach der Art früherer Kassenschlager wie "Liebesgrüße aus der Lederhose" das Bild bundesrepublikani-scher Film-Unkultur und -Barbarei bestimmen. (-/18.7.1983/bgy/va)

+ + +



DOKUMENTATIONNicaragua braucht unsere Hilfe

Am 19. Juli jährt sich zum 4. Mal der Tag der Befreiung Nicaraguas von der Somoza-Diktatur durch die Sandinistische Befreiungsbewegung (FSLM). Der endgültige Erfolg der Revolution des Volkes ist durch die US-Wirtschaftssanktionen, die der um den Wiederaufbau bemühten nikaraguanischen Wirtschaft schwere Rückschläge zufügen sowie durch die sich verschärfende US-unterstützte militärische Aggression aus Honduras ernsthaft gefährdet. In einer Situation permanenter äußerer Bedrohung wird es auch für die regierende FSLN zunehmend schwierig, ihre selbst gesetzten Ziele: politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit, auf die auch Sozialdemokraten bauen, zu verwirklichen.

In dieser dramatisch sich zuspitzenden Situation haben mehr als 200 prominente Politiker und Parlamentarier Westeuropas einen Brief an den Kongreß der USA unterzeichnet, in dem sie sich entschieden zu einer Unterstützung Nicaraguas bekennen und ihre Besorgnis darüber, daß die USA tiefer in den Nicaragua-Konflikt hineingeraten, zum Ausdruck bringen. Zu den Unterzeichnern des Briefes, dem eine Gemeinsame Erklärung beigelegt ist, gehören unter anderem:

- Joop den Uyl, Parteivorsitzender der holländischen Partei van der Arbeid,
- Pierre Joxe, Präsident der sozialistischen Fraktion der französischen Nationalversammlung,
- David Steel, Parteivorsitzender der britischen Liberalen,
- Gro Harlem Brundland, Norwegische Arbeiterpartei sowie
- Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Gemeinsame Erklärung westeuropäischer Politiker und Parlamentarier zur Unterstützung von Nicaragua

"Wir, die Unterzeichneten, sind uns bewußt, daß es noch nicht vier Jahre her ist, seit das Volk von Nicaragua unter hohen Verlusten an Menschenleben und Ressourcen eine der barbarischsten Gewaltherrschaften, die es je in Lateinamerika gab und deren Markenzeichen Mord, Entführungen und Folter waren, und in der eine groteske Ungleichheit ohne eine Andeutung von Pluralismus ein Dauerzustand waren, gestützt hat.

Vor diesem Hintergrund, verbunden mit Naturkatastrophen in Form von Überschwemmungen und Dürre, ist es höchst bemerkenswert, daß die nicaraguanische Regierung in so kurzer Zeit ein erfolgreiches Landreform-Programm auf den Weg gebracht hat, die



Ernährungslage verbessert hat, Anfänge eines Gesundheitsdienstes, Wasserreinigungsanlagen, Senkung des Analphabetentums erreicht und Fortschritte gemacht hat hinsichtlich der Verbesserung der Situation der Frauen, sowie ein unabhängiges Gerichtswesen aufgebaut und so viel getan hat, um die Lebensumstände der Menschen zu verbessern.

Es kann nicht hingenommen werden, daß Versuche gemacht werden, um das Volk von Nicaragua durch ökonomische Isolierung und militärische Angriffe zu strangulieren. Daher erklären wir:

- daß die fortwährenden aggressiven Handlungen, denen Nicaragua ausgesetzt war und noch ist, eine schwere Verletzung des internationalen Rechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verkörpert ist, darstellen. Darüber hinaus hat Nicaragua, wie alle souveränen Staaten, das Recht, sich, wie in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt, selbst zu verteidigen;
- daß solche militärischen, politischen und wirtschaftlichen Angriffe unvermeidlich die Fähigkeit Nicaraguas, seine Ziele der sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung zum Vorteil des Volkes und Verwirklichung des Pluralismus, wozu es sich verpflichtet hat, behindern.
- daß wir entsetzt sind darüber, daß unter Nichtbeachtung humanitärer Umstände die finanzielle Unterstützung, die Nicaragua unmittelbar nach der Revolution gegeben wurde, als wohlbedachter Akt der Politik der Reagan Administration gekürzt worden ist, und daß darüber hinaus Nicaragua von den Finanzmitteln der privaten Banken abgeschnitten worden ist.

Und wir beschließen:

- daß die westeuropäischen Regierungen an westeuropäischen Initiativen, deren Ziel es ist, Dialog und friedliche Lösung des Konfliktes in Zentralamerika zu fördern, teilnehmen und solche Initiativen anregen;
- daß westeuropäische Regierungen bilaterale Verhandlungen zum Zweck der Wiederherstellung des Friedens an Nicaraguas Grenzen unterstützen ;
- daß der nicaraguanischen Regierung politische, finanzielle, wirtschaftliche und technische Hilfe durch die internationale Gemeinschaft und durch private Quellen zu geben ist und, besonders, daß Nicaragua in den folgenden Bereichen zu unterstützen ist, wofür zu arbeiten wir uns verpflichten:
gerechte (unparteiische) Behandlung Nicaraguas durch unsere jeweilige Regierung, die EG, Entwicklungs- und andere Banken, Export-Kredit-Institute, Hilfsgebern und internationalen Finanzierungsinstituten wie Europäische Investitionsbank, Weltbank und Inter-Amerikanische Entwicklungsbank ;



- daß die nicaraguanische Regierung eine faire Behandlung durch die Medien erfährt.

Wir sind der Auffassung, daß solche Schritte zu Recht und Frieden in Zentralamerika führen werden."

Es unterzeichneten ferner die folgenden 62 SPD-Bundestags-Abgeordneten:

Wolf-Michael Catenhusen	Klaus Immer
Dr. Uwe Holtz	Jürgen Egert
Feimut Duve	Michael Müller
Rudolf Bindig	Dr. Rudolf Schöfberger
Prof. Dr. Ingomar Hauchler	Horst Jaunich
Dr. Herta Däubler-Gmelin	Dr. Peter Struck
Günther Herterich	Eckart Kuhlwein
Dr. Andreas von Bülow	Peter Conradi
Lothar Curdt	Heinz-Alfred Steiner
Joachim Poß	Franz Müntefering
Ludwig Stiegler	Karl Delorme
Volker Jung	Hans-Ulrich Klose
Lothar Ibrügger	Ernst Kastning
Uwe Lambinus	Klaus Lennartz
Horst Sielaff	Günter Verheugen
Dr. Franz-Josef Mertens	Klaus Lohmann
Claus Grobecker	Walter Buckpesch
Dr. Anke Martiny	Heide Simonis
Bernd Reuter	Ruth Zutt
Karl Weinhofer	Horst Peter
Alfred Meininghaus	Dieter Schanz
Hans-Gottfried Bernrath	Reinhold Hiller
Hans-Günther Toetemeyer	Hans-Joachim Hoffmann
Katrin Fuchs	Peter Paterna
Ernst Waltemathe	Manfred Schmidt
Günther Heyenn	Heinz Menzel
Lothar Fischer	Margitta Terborg
Thomas Schröder	Renate Schmidt
Harald B. Schäfer	Eugen von der Wiese
Werner Nagel	Gert Weisskirchen
Georg Bamberg	

(-/18.7.1983/ks/va)

+ + +

